

### **Vorwort:**

Ich, Sefa Idrisoglu, habe mich bei dieser Übersetzung ausschließlich an "CNN-Türk" orientiert (siehe Quelle), da dieses Medium als "regierungskritisch" gilt. Die 18 Artikel, die aufgelistet sind, korrelieren nicht mit den Artikeln in der türkischen Verfassung und sind lediglich eine chronologische Auflistung. Es gibt auch andere Quellen, die dieses Thema behandeln, aber meistens wurden die entsprechenden Artikel abgekürzt bzw. in eigenen Worten formuliert.

Da die Übersetzung meinerseits erfolgt ist und mein Türkisch bei weitem nicht perfekt ist, könnten Fehler vorhanden sein, jedoch bin ich mir ziemlich sicher, dass die Übersetzung so richtig ist. "[...]" heißt, dass ich den Text an dieser Stelle nicht übersetzt habe, sondern zusammen gefasst habe. Einige Stellen sind sehr eigenartig und sehr lang formuliert, weshalb ich es für angemessener hielt, es einfach abzukürzen. **Zeilen, die in rot geschrieben wurden, sind Notizen meinerseits.**

Bei Fragen stehe ich gerne auch per E-Mail zur Verfügung (oder andere Kommunikationsmittel, sofern vorhanden): sefa1909@gmx.de

### **Verfassungsänderung (sinngemäß):**

#### **Artikel 1:**

Zum Artikel 9 der türkischen Verfassung wird das Wort "unparteiisch" zur "unabhängigen Justiz" hinzugefügt.

#### **Artikel 2:**

Die Zahl der Abgeordneten im Parlament wird von 550 auf 600 steigen.

#### **Artikel 3:**

Das Alter, um ein Abgeordneter zu werden, ist auf 18 Jahren erniedrigt worden.

#### **Artikel 4:**

Präsidenten- und Parlamentswahlen werden an demselben Tag abgehalten werden. Der Präsident muss, wie gehabt, eine einfache Mehrheit bekommen. Ist dies nicht erreicht, wird gemäß - wie gehabt- Artikel 101 ff. vorgegangen.

#### **Artikel 5:**

Aufgaben des Parlaments sind: Gesetze verabschieden/ändern/aufheben,

Haushalt/Gelddruck/Kriegserklärung bestimmen, internationale Abkommen ratifizieren, mit einer 3/5 Mehrheit im Parlament Amnestie erlassen und die restlichen in der Verfassung vorgesehenen Befugnisse ausüben.

#### **Artikel 6:**

Das Parlament hat folgende Befugnisse/Aufgaben: parlamentarische Untersuchung/Anfragen, Hauptversammlung

Die parlamentarische Untersuchung besteht aus der Informationsbeschaffung zu bestimmten Themen. Aktivitäten, die die Hauptversammlung, das Volk oder den Staat betreffen, müssen im Parlament besprochen werden. Parlamentarische Anfragen müssen gemäß Artikel 106 Absatz 5, 6 und 7 vom Vizepräsidenten und Ministern beantwortet werden. Schriftliche Anfragen müssen schriftlich innerhalb von 15 Tagen vom Vizepräsident und Ministern schriftlich beantwortet werden.

#### **Artikel 7:**

Der Präsident ist mindestens 40 Jahre alt, hat eine Hochschulausbildung, kann als Abgeordneter gewählt werden und ist türkische Staatsbürger. Den Präsident amtiert fünf Jahre. Niemand kann mehr als zwei Mal amtiert. Der Präsident muss aus einer Partei oder Koalition mindestens 5 % der Gesamtstimmen, die mindestens 100 000 Stimmen ausmachen, auf sich vereinigen. Wird man zum Präsidenten gewählt, endet die Amtszeit als Abgeordneter im Parlament. Präsident wird, wer bei den Wahlen die absolute Mehrheit bekommt. Wird dies nicht erreicht, wird am zweiten Sonntag eine zweite Wahl abgehalten. Zu dieser Wahl treten die zwei Kandidaten mit dem meisten Stimmen an. Es gewinnt die Person mit den meisten gültigen Stimmen. Kann eine Person, die zur zweiten Wahl antreten könnte, nicht teilnehmen (oder möchte nicht teilnehmen), hat die nächste Person bezüglich der Stimmen aus der ersten Wahl das Recht, anzutreten. Ist lediglich ein Kandidat zur zweiten Wahl übrig, dann wird die Wahl als Referendum (=Volksabstimmung) abgehalten. Wird die Mehrheit nicht erreicht, so wird die Präsidentschaftswahl wiederholt. Bis zum Amtsantritt des neuen Präsidenten führt der alte Präsident seinen Amt weiter. Die Prinzipien und Verfahren bezüglich der Präsidentschaftswahlen werden über das Gesetz geregelt.

**Sprich: Wie in Frankreich.**

#### **Artikel 8:**

Der Präsident ist der Staatsoberhaupt. Die Exekutive wird dem Präsidenten übertragen. Der Präsident repräsentiert das Volk. Die Umsetzung der Verfassung und die Ordnung der Staatsorgane wird dem Präsidenten beteuert (d.h. er trägt Verantwortung dafür). Sofern der Präsident es für nötig hält, hält er die Eröffnungsrede des türkischen Parlaments. Über die Innen- und Außenpolitik informiert er das Parlament. Gesetze werden veröffentlicht. Sofern Gesetze neu besprochen werden müssen, kann das Parlament sie zur erneuten Diskussion freigeben. Das Parlament kann Gesetze für nichtig erklären, die es als falsch sieht/betrachtet. Das Parlament kann den Präsidenten, Vizepräsidenten und die Minister entlassen. Ältere Führungskräfte des öffentlichen Sektors können über ein Dekret des Präsidenten entlassen/zugewiesen werden. Die Repräsentanten der Türkei in fremden Staaten werden vom Präsidenten bestimmt. Er genehmigt internationale Abkommen und veröffentlicht diese. Er kann bei wichtigen Verfassungsänderungen ein Referendum (=Volksabstimmung) beantragen. Er bestimmt die Politik der nationale Sicherheit und ergreift entsprechende Maßnahmen. Für das Parlament repräsentiert er den Oberbefehlshaber der türkischen Streitkräfte. Er entscheidet über die Nutzung der türkischen Streitkräfte.

Der Präsident kann keine Dekrete erlassen, die Grundgesetze, Menschenrechte und politische Rechte betreffen. Der Präsident kann per Dekret nicht die Verfassung ändern. Wird ein Dekret erlassen, was in Konflikt mit einem Gesetz steht, ist das Gesetz und nicht das Dekret gültig. Entscheidet das Parlament über ein Gesetz, was in Konflikt mit einem Dekret des Präsidenten steht, ist das Gesetz des Parlaments gültig. Stellt das Parlament ein Gesetz und der Präsident ein Dekret über dasselbe

Thema zu derselben Zeit auf, gilt das Gesetz des Parlaments. Ist der Zeitpunkt der Veröffentlichung eines Dekrets nicht bestimmt, so tritt das Dekret erst in Kraft, wenn es veröffentlicht wurde.

Kurz: Der Präsident kann weder "geheime" Dekrete erlassen, noch kann der Präsident Dekrete nach Lust und Laune über Themen, die er sich ausdenkt, erlassen. Außerdem kann das Parlament die Dekrete des Präsidenten blockieren.

#### **Artikel 9:**

Ist das Parlament der Meinung, dass der Präsident ein Verbrechen begangen hat, kann es mit einer absoluten Mehrheit eine Untersuchung des Präsidenten fordern/durchsetzen. Über den Vorschlag der Untersuchung wird spätestens in einem Monat über eine geheime Wahl entschieden. Wird eine über eine Untersuchung entschieden, wird eine 15 Personen große Kommission im Verhältnis der Sitze der Parteien im Parlament gebildet (Bsp.: Wenn 50% des Parlaments aus der AKP besteht, wird die Kommission mit 7 bis 8 AKP-Anhängern gebildet). Die Kommission präsentiert ihre Ergebnisse innerhalb von zwei Monaten dem Parlamentspräsidenten. Ist die Kommission innerhalb von zwei Monaten zu keinem Ergebnis gekommen, wird die Zeit einmalig um einen Monat erweitert. Das Ergebnis der Untersuchung der Kommission wird, nachdem es der Präsidentschaft übergeben wurde, innerhalb von zehn Tagen verteilt und in einer Generalversammlung besprochen.

Wenn ein Verbrechen vorliegt, kann das Parlament mit einer 2/3 Mehrheit über eine geheime Wahl den Fall vor den obersten Gerichtshof bringen. Der untersuchte Präsident kann während dieser Zeit keine Entscheidungen treffen. Ist das oberste Gerichtshof der Meinung, dass der Präsident ein Verbrechen begangen hat, wird er entlassen. Nach der Entlassung wird der Präsident zur Rechenschaft gezogen.

#### **Artikel 10:**

Der Präsident kann nach Amtsantritt einen oder mehrere Vizepräsidenten ernennen. Wird der Posten des Präsidenten aus irgendeinem Grund frei, wird innerhalb von 45 Tagen der Präsident neu gewählt. Während dieser Zeitspanne übernimmt der Vizepräsident des Posten des Präsidenten. Ist zur neuen Wahl weniger als ein Jahr übrig, wird der Posten des Präsidenten mit dem Parlament neu gewählt. Ist länger als ein Jahr übrig, übernimmt der neue Präsident bis zu den neuen Wahlen das Amt. Übernimmt eine Person den Amt des Präsidenten während einer solchen Zeit, würde dieser Person das Amtsjahr nicht angerechnet. Der Präsident und das Parlament werden gleichzeitig gewählt. Ist der Präsident krank oder im Ausland oder kann aus anderen Gründen seiner Arbeit nicht nachgehen, übernimmt der Vizepräsident den Posten des Präsidenten. Der Vizepräsident und Minister, die die Möglichkeit haben, als Abgeordnete gewählt zu werden können vom Präsidenten befördert oder des Amtes erhoben werden. Der Vizepräsident und Minister legen gemäß Artikel 81 vor dem Parlament ein Eid ab. Werden Abgeordnete des Parlaments zu Vizepräsidenten oder Minister befördert, endet ihre Amtszeit als Abgeordneter im Parlament.

Die ernannten Vizepräsidenten und Minister sind gegenüber dem Präsidenten verantwortlich. Das Parlament kann auch hier, wie beim Präsidenten, ein Misstrauensvotum aussprechen und Vizepräsidenten/Minister zur Verantwortung ziehen. [...] Es wird anschließend wie beim Misstrauensvotum des Präsidenten verfahren. Das türkische Parlament kann mit einer geheimen Wahl mit 2/3 der Stimmen den Fall dem obersten Gerichtshof weiterleiten. Das oberste Gerichtshof trifft innerhalb von drei Monaten eine Entscheidung. Ist eine Entscheidung nach drei Monaten nicht

möglich, kann einmalig die Dauer um weitere drei Monate erweitert werden. Endet die Amtszeit der untersuchten Personen, wird gemäß Klausel fünf, sechs und sieben verfahren. Ist der Vizepräsident oder Minister wegen eines Vorfalls verurteilt, was ihnen die erneute Wahl nicht mehr möglich macht, werden diese des Amtes enthoben.

#### **Artikel 11:**

Das türkische Parlament kann mit einer 3/5 Mehrheit Neuwahlen beantragen. Dadurch wird Parlament und Präsident neu gewählt. Kündigt der Präsident Neuwahlen an, so wird Parlament und der Posten des Präsidenten neu gewählt. Wird während der zweiten Amtszeit des Präsidenten von Seiten des Parlaments Neuwahlen beschlossen, kann der Präsident ein weiteres Mal amtieren. Bis zum Amtsantritt des neuen Präsidenten bzw. des Parlaments, führen Parlament und Präsident ihre Befugnisse weiter fort. Parlament und Präsident führen ihre Aufgaben 5 Jahre lang fort.

#### **Artikel 12:**

Im Falle eines Krieges, einer Kriegsgefahr, einer Mobilmachung, eines Aufstands bzw. einer Rebellion, einer Gefahr der Spaltung des Staates von Innen oder Außen, eines gewalttätigen Aufstandes, der die Freiheit, die Verfassungsordnung oder die Grundrechte bedrohen, eines gewalttätigen Aufstandes, der die öffentliche Ordnung gravierend stört oder in Folge einer Naturkatastrophe bzw. einer sich gefährlich ausbreitenden Krankheit in Teilen der Nation oder in der ganzen Nation, kann der Präsident einen Ausnahmezustand für 6 Monate ausrufen.

Der Ausruf des Ausnahmezustand muss an demselben Tag in einer öffentlichen Zeitung kund getan und dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden. Selbst wenn das Parlament im Urlaub ist, muss sofort eine Versammlung abgehalten werden. Falls das Parlament es für angemessen hält, kann der Ausnahmezustand verkürzt, verlängert oder aufgehoben werden. 4 Monate vor Ablauf des Ausnahmezustands kann das Parlament auf Nachfrage des Präsidenten den Ausnahmezustand verlängern. Im Falle eines Krieges wird die Zeit von 4 Monaten ignoriert. Während des Ausnahmezustand werden das für das Volk gebrachte Geld, Güter und Arbeitsverpflichtungen werden gemäß Artikel 15 gehandhabt. [...] Während eines Ausnahmezustand kann der Präsident bezüglich Themen, die er für wichtig bzw. notwendig hält, im Rahmen von Artikel 104 Absatz 17 Satz 2 Dekrete erlassen. Diese Dekrete, die Gesetzeskraft besitzen, müssen an demselben in einer öffentlichen Zeitung kund getan und dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden. **(Parlament muss hier darauf reagieren. Entweder akzeptieren oder ein Gesetz dagegen bringen)**

Falls das Parlament im Zuge eines Krieges oder anderen zwingenden Gründen keine Versammlung abhalten kann, muss über das Dekret vom Parlament innerhalb von 3 Monaten entschieden werden. Wird dies nicht getan, werden die Dekrete aufgehoben.

#### **Artikel 13:**

Artikel 142 wurde folgender Abschnitt hinzugefügt:

Abgesehen von einem Disziplinargericht, können keine Militärgerichte gegründet werden. Im Falle eines Krieges kann jedoch im Zuge eines Verbrechens ein Militärgericht gegründet werden.

#### **Artikel 14:**

Die Überschrift des Artikel 159 und der erste und 9. Absatz dieses Artikels, wurden das Wort "Hohen" herausgenommen.

Ein Beispiel was gemeint ist:

"Der Hohe Richter- und Staatsanwälterat wird gemäß den Grundsätzen der Unabhängigkeit der Gerichte und der Richtergarantie errichtet und erfüllt diesen Grundsätzen entsprechend seine Aufgaben."

Im 1., 3., 4. und 5. Absatz wurde wie folgt unten abgeändert. Im 6. Abschnitt wurde das Wort "eigentlich" herausgenommen. Der 9. Abschnitt wurde wie folgt abgeändert:

Der Abschnitt "Gesetze, Verordnungen, Vorschriften und Rundschreiben" wurde zu "Gesetzen und anderen Vorschriften" geändert.

"Der Richter und Anwaltsverband" ("Hakimler ve Savcilar Kurulu") besteht aus 13 Mitgliedern. Es arbeitet in zwei Departments. Vorsitzender dieses Vorstands ist der Justizminister. Der Staatssekretär des Justizminister ist ein Mitglied dieses Rates.

7 Mitglieder dieses Vorstandes werden vom Parlament ernannt. [...] weitere Informationen wie die restlichen Mitglieder ernannt werden, welche Berufe sie haben müssen und wie sie gewählt werden. Ganz kurz: 7 Mitglieder dieses Vorstandes werden vom Parlament gewählt, 1 ist der Justizminister, der andere der Staatssekretär des Justizminister und die restlichen 4 werden vom Präsidenten erwählt, jedoch müssen diese bestimmte Qualifikationen besitzen. Da ich kein Jura studiere, habe ich keine Ahnung, was z.B. "Klassifikation 1. Klasse" bedeutet, weshalb ich hier nicht weiter eingehen werde.

**Wichtig ist zu diesem Artikel noch:** Die Mitglieder werden für 4 Jahre gewählt und können nur ein weiteres Mal gewählt werden. Die Neuwahl dieser Mitglieder geschieht innerhalb von 30 Tagen, bevor die amtierenden Mitglieder ihre Amtszeit beenden.

#### **Artikel 15:**

Außerhalb der öffentlichen Verwaltung und wirtschaftliche Unternehmen werden Ausgaben der öffentlichen Einrichtung über das jährliche Budget geregelt. Zu Beginn des Geschäftsjahres und der Vorbereitung des Staatshaushalts werden Ausführungen, kontrollierte Investitionen, Dienstleistungen andere Verfahren oder Arbeit, dass länger als 1 Jahr dauert, durch das Gesetz geregelt. Das Budget kann nur auf Bestimmungen, die das Budget betreffen, angewendet werden. Der Präsident trägt seinen Vorschlag zum Budget/Haushalt mindestens 75 Tage vor dem Beginn des neuen Geschäftsjahres dem Parlament vor. Der Vorschlag zum Budget/Haushalt wird von der Haushaltskommission diskutiert. Die Kommission diskutiert innerhalb von 55 Tagen mit der Generalversammlung und gibt an welche Abschnitte sie akzeptieren und verabschieden diese zu Beginn des neuen Geschäftsjahres.

Beim Inkrafttreten des neuen Haushalts, wird das vorübergehend eingeführte Haushalt entfernt. Kann kein vorübergehendes Haushalt verabschiedet werden, gilt das alte Haushalt so lange, bis das neue Haushalt verabschiedet wurde. Das Parlament trägt während der Generalversammlung seine Gedanken zum öffentlichen Haushalt vor. Das Parlament kann keine Vorschläge zu Erhöhung der

Ausgaben oder die Verringerung der Einkommen machen. Während der Generalversammlung werden Vorschläge zur Änderung des Haushaltes separat diskutiert und abgestimmt.

Der von der Zentralregierung vorgegebenen Betrag, der ausgegeben werden kann, gibt die Grenze der Geldmittel an. Der Präsident kann nicht per Dekret den Betrag, der ausgegeben werden kann, abändern.

[...]Kurz: Man kann während des Haushaltsjahres die Geldmittel erhöhen, wenn man im aktuellen und folgendem Haushaltsjahr vorzeigen kann, dass man die erhöhten Ausgaben wieder einsparen kann.

Die Zentralregierung legt dem Parlament spätestens 6 Monate nach Beginn des neuen Haushaltsjahres eine Endabrechnung dem Parlament vor. Der Rechnungshof (= "Sayıştay") legt dem Parlament im Falle eines Gesetzesvorschlags spätestens nach 75 Tagen ein Endabrechnung vor. Das Parlament behindert nicht den Rechnungshof. Die Endabrechnung wird gemeinsam mit dem neuen Haushalt diskutiert.

#### **Artikel 16:**

1. Es werden folgende Abschnitte entfernt:

Artikel 8: "und der Ministerrat"

Artikel 15, Abschnitt 1; Artikel 17, Absatz 4; Artikel 19, Absatz 5; "Kriegsrecht"

Artikel 88, Abschnitt 1: "Ministerrat und"

Artikel 88, Abschnitt 2: "Rechnung/Vorlage (= "tasari") und"

Artikel 93, Abschnitt 2: "direkt oder auf Anfrage des Ministerrats"

Artikel 125, Abschnitt 2: "Die Maßnahmen die der Präsident ergreift, sind mit der Entscheidung des Obersten Militärarrats außerhalb der gerichtlichen Überprüfung. Aber"

Artikel 125, Abschnitt 6: "Kriegsrecht"

Artikel 148, Abschnitt 1: "Kriegsrecht"

Artikel 148, Abschnitt 6: "Militärberufungsgericht ,Militäroberverwaltungsgericht" und "hohe"/"oberste"

Artikel 148, Abschnitt 7: "Gendarmerie Generalbefehlshaber"

Artikel 153, Abschnitt 4: "Rechnung/Vorlage (= "tasari") oder"

Artikel 154, Abschnitt 2: "oberste"/"hohe"

Artikel 155, Abschnitt 2: "Die vom Ministerpräsidenten und Premierminister gesandten Gesetzesentwürfe" und "prüfen Verordnungsentwürfe"

Artikel 155, Abschnitt 3: "hohe"/"oberste"

2. bis 5. Wie in 1. nur, dass es andere Artikel betrifft bzw. Wörter in anderen Artikeln werden mit anderen Wörtern ersetzt. Beispiel:

Artikel 167, Absatz 2: "Ministerrat" wird ersetzt mit "Präsident"

Ansonsten ist im Allgemeinen nichts nennenswertes vorhanden. Die Übersetzung bringt hier wenig, weil es wie in "1." sein würde. Ich müsste die entsprechenden Abschnitte in der türkischen Verfassung lesen und dann auf juristischer Grundlage beurteilen, ob die Änderungen mehr Klarheit/Genauigkeit gebracht haben oder nicht. Dazu fehlen mir schlichtweg die nötigen Qualifikationen.

### **Artikel 17:**

1. Zum 27sten "Lebenstag" des Parlaments werden Parlament und Präsident am 03.11.2019 gewählt. Bis zur Wahl führen Präsident und Parlament ihre Arbeit fort.

2. Nach Inkrafttreten der Verfassungsreformen wird innerhalb von 6 Monaten die gesetzlichen Regelungen vom Parlament verabschiedet. Die Änderungen, die per Dekret des Präsidenten umgesetzt werden sollen, werden innerhalb von 6 Monaten vom Präsidenten umgesetzt.

3. Gemäß Artikel 159 werden Richter und der "Ankläger Vorstand" ("Hâkimler ve Savcılar Kurulu") innerhalb von 30 Tagen gewählt. Am 40sten Tag beginnen diese mit ihrer Arbeit.

Die Präsidentschaft/der Vorsitz ("Baskanlik") sendet Petition/Ersuchen ("Basvuru") den Mitgliedern der gemeinsamen Kommission der Verfassungs- und Justizkommission. Die Kommission bestimmt innerhalb von 10 Tagen 3 Mitglieder mit einer 2/3 Mehrheit. Wenn die Wahl der Mitglieder mit einer 2/3 Mehrheit im ersten Durchgang nicht bestimmt werden kann, wird eine zweite und dritte Wahl durchgeführt. In diesen Wahlen gewinnen die Kandidaten, die eine 3/5 Mehrheit bekommen/haben (**Wahrscheinlich ist hier die 2te und 3te Wahl gemeint**). Wird bei der dritten Wahl die 3/5 Mehrheit nicht erreicht, gewinnt der Kandidat mit den meisten Stimmen, voraus gesetzt, dass er 2 Mal mehr Stimmen hat als der nächste Kandidat. Die Generalversammlung ("genel kurulu") der Parlaments beendet auf dieselbe Art und Weise innerhalb von 15 Tagen die Wahl. Die bestehenden Mitglieder des "Ankläger Vorstands" ("Hakimler ve Savilar Kurulu") führen ihre Arbeit bis zur Übernahme der neuen Mitglieder fort und arbeiten während dieser Zeit gemäß den rechtlichen Bestimmungen. Die neuen Mitglieder führen ihre Arbeit in Übereinstimmung mit den bestehenden Mitgliedern weiter fort, sofern nicht gegen die Verfassung verstoßen wird.

[...]Es geht darum, wie die einzelnen Mitglieder gewählt werden. Persönlich kann ich damit wenig anfangen.

4. Die Mitglieder des Militärberufsgerichts und des Verfassungsgerichts des obersten Militärverwaltungsgerichts führen ihre Arbeit, sofern sie es nicht vorzeitig beenden müssen, bis zum Ende fort.

5. Mit Inkrafttreten dieses Artikels wird das Militärberufsgericht, das Militäroberverwaltungsgericht und das Militärgericht aufgehoben. Die Vorsitzende/Rechtsanwälte des Militärberufsgerichts und des Militäroberverwaltungsgerichts werden/können mit Beachtung ihrer Präferenzen:

a) zu Richtern/Anwälten im "Rat der Richter und Staatsanwälte" ("Hakimler ve Savcilar Kurulu") befördert werden.

b) [...]Kurz: Rechte, Befugnisse und Gehalt bleibt bei der Beförderung gleich.

Rente wird wie gehabt gemäß der Verfassung geregelt. Die Ordner (bezüglich der Fälle im Militärgerichtshof) müssen innerhalb von 4 Monaten dem obersten Gerichtshof, dem Staatsrat oder den entsprechenden Verantwortlichen übergeben werden.

c) Sofern der Ministerrat oder andere Vorschriften das Dekret des Präsidenten nicht zurück nehmen bzw. außer Kraft setzen, behält das Dekret seine Rechtsgültigkeit. Das Dekret, dass als wirksames Gesetz wirkt, ist die Fortführung des Artikels 152 und 153.

d) Die Gesetze, die Gesetzgebung und die Befugnisse des Ministerrats werden bis zur Änderung per Gesetz vom Präsidenten genutzt.

e) Artikel 67 letzter Absatz ist für die Präsidentschaftswahl und Parlamentswahl nicht gültig.

#### **Artikel 18:**

Dasselbe wie in Artikel 16. Gewisse Abschnitte/Wörter von bestimmten Artikeln werden abgeändert. Mir fehlt die juristische Qualifikation, um zu beurteilen, ob das gut/schlecht ist.

#### **Quellen:**

Der Link zu CNN-Türk, wo die Verfassungsänderung zitiert wurde:

<http://www.cnnturk.com/video/turkiye/18-maddelik-anayasa-degisikligi-neyi-degistiriyor-iste-anayasa-degisikligi-maddeleri>

Link zur Deutschen Übersetzung der türkischen Verfassung:

<http://www.tuerkei-recht.de/downloads/verfassung.pdf>